



Liebe Genossinnen und Genossen,  
 liebe Freunde,

die beiden Sitzungswochen im Mai hatten es in sich. Die erste Woche war so mit Terminen gespickt, dass ich noch nicht mal die Zeit finden konnte, mich mit meinen Mitarbeitern zu einer Geburtstagsrunde zusammzusetzen. Dabei ist das guter Brauch, wenn ein Mitarbeiter von mir Geburtstag hat. Ich habe es aber wieder gut gemacht! Das Miteinander darf auch in so einer kleinen Bürogemeinschaft nicht zu kurz kommen.

Politisch haben wir in beiden Wochen viel bewegt. Heute haben wir zum Beispiel das Rentenpaket beschlossen, nachdem wir uns noch auf letzte Details verständigt hatten. Ein sogenannter „rollierender Stichtag“ soll verhindern, dass es zu einer Welle von Frühverrentungen kommt.

Aufgelockert wurde mein politischer Alltag durch zahlreiche Besuche aus der Heimat. Neben dem Betriebsrat von DEW21, der Bezirksvertretung Aplerbeck und einer Schulklasse des Privatgymnasiums Stadtkrone war auch die erste vom Bundespresseamt organisierte Gruppe bei mir.

Ihr seht, der politische und private Informationsaustausch klappt!

---

### Neustart in der Energiewende

Aufgrund alter Förderzusagen und einer Zunahme neuer Anlagen, war vorzusehen, dass die EEG-Umlage und somit auch die Strompreise weiter steigen werden. Um diesen Anstieg abzubremsen, werden wir tätig und haben in der ersten Sitzungswoche im Mai die Novelle des EEGs in erster Lesung beraten. Die Reform soll die Energiewende planbarer machen und die Kosten gerechter verteilen. Daher werden wir stromintensive Unternehmen, wenn auch nur anteilig, an der Solidarumlage beteiligen. Zu hohe Förderungen werden abgebaut und die Förderung auf die günstigen Energieträger Onshore-Wind und Photovoltaik konzentriert. Die Energiewende möchten wir jedoch keinesfalls ausbremsen – im Gegenteil, wir möchten ihre Integration in den Strommarkt weiter verbessern und für einen Neustart sorgen. Ziel bleibt, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung von heute 25 Prozent bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent zu steigern.

---

### Kontakt

#### Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

[sabine.poschmann@bundestag.de](mailto:sabine.poschmann@bundestag.de)

#### Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

[sabine.poschmann.ma04@bundestag.de](mailto:sabine.poschmann.ma04@bundestag.de)

[www.sabine-poschmann.de](http://www.sabine-poschmann.de)

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

### Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

## **Lage in der Ukraine**

Die Situation in der Ukraine, insbesondere im Osten des Landes, bleibt weiterhin angespannt. Leider hat auch die zweite Gesprächsrunde des Runden Tisches keinen konkreten Fortschritt zur Entspannung der Lage erbracht. Trotzdem: Es muss alles getan werden, um eine friedliche Lösung im Konflikt um die Ost-Ukraine zu erreichen. Die diplomatischen Bemühungen bleiben ohne Alternative. Gemeinsam haben Martin Schulz und Frank-Walter Steinmeier eine Erklärung für Frieden, Verständigung und Zusammenarbeit und gegen eine drohende Spaltung Europas abgegeben, die ich unterstütze.

Entscheidende Voraussetzung für die politische Stabilität in der Ukraine sind freie und demokratische Präsidentschaftswahlen an diesem Sonntag. Ich hoffe, dass diese ohne Zwischenfälle ablaufen.

---

## **Untersuchungsausschuss NSA / Vernehmung Snowden**

Der NSA-Untersuchungsausschuss hat sich darauf verständigt, dass Edward Snowden als Zeuge vernommen werden soll. Wo und wie eine Vernehmung stattfinden kann, soll nun mit seinem Anwalt geklärt werden. Nach wie vor gilt, dass die NSA-Affäre umfangreich und möglichst lückenlos aufgeklärt werden muss. Eine Vernehmung Edward Snowdens gehört meiner Meinung nach zwingend dazu.

---

## **Adoption durch eingetragene Lebenspartner ermöglicht**

Das Bundesverfassungsgericht hat am 19. Februar 2013 entschieden, dass das Verbot der Sukzessivadoption durch eingetragene Lebenspartner oder Lebenspartnerinnen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Da die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften im Adoptionsrecht ohnehin einer langjährigen sozialdemokratischen Forderung entspricht, fiel es uns leicht, gemeinsam mit der Union einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen. Eingetragene Lebenspartner und Lebenspartnerinnen sollen künftig die von ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin adoptierten Kinder adoptieren können. Ich halte dies für einen wichtigen Fortschritt hin zu einer Gleichstellung homosexueller Menschen.

---

## **Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP transparent gestalten**

Ein wichtiges Thema im Mai waren die Verhandlungen zu einem europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen (TTIP). Wir wollen – zusammen mit unserem Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel – diese Chance ergreifen, um zwischen den zwei größten Handelsräumen der Welt Spielregeln für den internationalen Handel zu setzen und europäischen Unternehmen einen besseren Zugang zum US-amerikanischen Markt zu ermöglichen. Durch das Abkommen dürfen sich aber europäische Standards, beispielsweise im Verbraucherschutz, der Lebensmittelsicherheit und der öffentlichen Daseinsvorsorge keinesfalls verschlechtern. Auch wollen wir nicht, dass Unternehmen durch ein Klagerecht gegen Staaten die Gesetzgebungskompetenz demokratisch gewählter Volksvertretungen einschränken oder gesetzliche Standards aushebeln können.

Ein Schlüssel zu erfolgreichen Verhandlungen liegt in meinen Augen in der Transparenz des Verhandlungsprozesses. Um die Interessen von Verbrauchern und Verbänden besser einzubinden, stellt Sigmar derzeit ein nationales Beratergremium für TTIP zusammen. Innerhalb der Fraktion haben wir im März einen Berichterstatterkreis ins Leben gerufen, an dem Vertreterinnen und Vertreter aller interessierten Arbeitsgruppen teilnehmen und mit externen Experten über die diversen Aspekte des Abkommens diskutieren. Ich freue mich besonders, dass in diesen Beratungsprozess auch der DGB eingebunden wird. Arbeitnehmerrechte und -interessen spielen in meinen Augen bei der Verhandlung des Abkommens eine entscheidende Rolle. Nur mittels einer so breiten Debatte mit den verschiedenen Akteuren können wir zu einem zufriedenstellenden Ergebnis kommen.

---

### **Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland**

Gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion haben wir uns in einem Antrag darauf geeinigt, auf europäischer Ebene dafür zu sorgen, dass die Möglichkeit eines nationalen Verbots von Grüner Gentechnik geschaffen wird. Es soll ein sog. „Opt-out“ eingeführt werden. Das heißt, die einzelnen Mitgliedsstaaten sollen ein nationales Anbauverbot gentechnisch veränderter Organismen erlassen können. Der Antrag ist ein großer Erfolg für uns. Noch im Januar haben die CDU-geführten Ressorts in der Bundesregierung ein generelles europaweites Anbauverbot verhindert. Nun stimmt die Unionsfraktion einem nationalen Verbot der grünen Gentechnik in Deutschland zu. Unsere Entschlossenheit hat sich gelohnt.

---

### **Berufsbildungsbericht 2014**

Der von der Bundesregierung vorgestellte *Berufsbildungsbericht 2014* hat gezeigt: International gilt das deutsche Modell mit dem dualen System in der beruflichen Bildung zunehmend als Erfolgsmodell. Dennoch gibt es wachsende Herausforderungen: Insgesamt hat sich die Ausbildungsquote in den letzten Jahren verringert und liegt mit 20 Prozent aller Betriebe auf niedrigem Niveau. Außerdem wird es zunehmend schwieriger, Ausbildungsuchende und vorhandene freie Ausbildungsplätze zusammenzubringen. Schließlich beginnen deutlich weniger Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund eine Ausbildung als andere Jugendliche. In einem Antrag fordern wir daher die Bundesregierung auf, mit einem nationalen Ausbildungspakt ab 2015 mit den Sozialpartnern eine Ausbildungsgarantie umzusetzen. Zudem soll sie Maßnahmen ergreifen, um mehr Jugendliche in eine duale Berufsausbildung statt in eine außerbetriebliche Ausbildung zu bringen und um eine höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erreichen.

---

### **Europa- und Kommunalwahl am Sonntag**

Am Sonntag stehen wichtige und richtungsweisende Wahlen an. Sowohl in Europa als auch in Dortmund ist eine starke Sozialdemokratie wichtig.

Die Bedeutung des Friedensprojekts Europa ist gerade in der aktuellen Krise um die Ukraine deutlich geworden. Trotzdem zeigen Umfragen zufolge über 60 Prozent der deutschen Wahlberechtigten bislang kein oder nur geringes

Interesse an der Wahl zum europäischen Parlament. Es muss das Ziel aller demokratischen Parteien sein, diese Menschen von der Bedeutung der Europawahl zu überzeugen. Denn eine geringe Wahlbeteiligung würde insbesondere den populistischen und oft rechten Protestparteien in die Karten spielen. Ich bitte euch alle: Geht am 25. Mai wählen und macht weiterhin Werbung für eine starke SPD in Europa!

Gleiches gilt natürlich auch für die Wahlen für den Rat, die Bezirksvertretungen und des Oberbürgermeisters bei uns in Dortmund. Ich wünsche Ulli und unseren Kandidatinnen und Kandidaten ein tolles Ergebnis.

---

Die nächste Sitzungszeit im Bundestag steht bereits in der ersten Juniwoche an. Ich hoffe, dass ich dann mit einem starken SPD-Ergebnis in Europa und Dortmund im Gepäck nach Berlin reisen kann. Am Wochenende und in der nächsten Woche bin ich in Husen, am Wahlkampfstand in Aplerbeck, beim Jobclub, beim Berufsförderungswerk sowie beim Schützenverein des Nördlichen Dortmunder Schützenbundes anzutreffen. Vielleicht läuft man sich ja über den Weg!

Eure

*Sabine*